
N I E D E R S C H R I F T

Niederschrift Nr. 2

Kreisausschuss

am 23.03.2009

Freiherr-vom-Stein-Saal II/III

Beginn 16:00 Uhr

Stimmberechtigte Mitglieder

Kreistagsmitglieder

Michael Makiolla
Brigitte Cziehso
Hartmut Ganzke
Wolfgang Kerak
Hans-Jörg Piasecki
Heinz Steffen
Martin Wiggermann
Wolfgang Barrenbrügge
Günter Bremerich
Jörg-Uwe Ebner
Wilhelm Jasperneite
Elsbeth Kiel
Rotraud Niemann
Ursula Sopora
Andrea Hosang
Sigurd Senkel
Claudia Isenberg
Adrian Mork

Von der Verwaltung

Herr Kreisdirektor Stratmann
Herr Dr. Timpe, Dez. II
Herr Sparbrod, Dez. III
Herr Hahn, Dez. IV

Gäste und Zuhörer/innen

Herr Erdmann, Geschäftsführer der SPD-Kreistagsfraktion
Herr Freund, Geschäftsstelle der CDU-Kreistagsfraktion
Herr Wette, Geschäftsführer der FDP-Kreistagsfraktion
Herr Naujoks, Geschäftsführer der Gruppe DIE LINKE.

Herr Dr. Schiebold, L KfP
Frau Waßen, Schriftführerin

Herr Sieger, Kreistagsabgeordneter
interessierte Bürgerinnen und Bürger
Vertreter der Presse
weitere Angehörige der Verwaltung

Herr Landrat Makiolla begrüßt die anwesenden Damen und Herren und eröffnet die Sitzung. Er stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreisausschusses fest. Änderungen oder Ergänzungen zur Tagesordnung ergeben sich nicht, so dass wie folgt beraten wird:

T a g e s o r d n u n g

Öffentlicher Teil

Punkt 1

005/09

Genehmigung einer Dienstreise

- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Punkt 2

Stand des Genehmigungsverfahrens zum Haushalt 2009

- mündlicher Bericht des Kreiskämmerers -

Punkt 3

018/09

Fortführung der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet

Punkt 4

015/09

Maßnahmenplanung im Rahmen des Konjunkturpaketes II

- Mitteilung der Verwaltung über beabsichtigte Investitionen -

Punkt 5

012/09

Bauliche Maßnahmen an der Westicker Str. (K40) Lindenstr.(L 821) in Kamen

- Vereinbarungen mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW -

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 7

011/09

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Rettungsleitstelle und Bauhof des Kreises Unna in Unna

-Vergabe des Auftrages über die Lieferung und Aufstellung eines Salzsilos-

Punkt 8

016/09

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Rettungsleitstelle und Bauhof des Kreises Unna in Unna

- Vergabe des Auftrages für Fliesenarbeiten -

Punkt 9

008/09

Erweiterung des Kindergartens „Villa Kunterbunt“ in Fröndenberg-Ardey

-Vergabe der Rohbauarbeiten-

Punkt 10

009/09

Grunderwerb in Schwerte zur Umsetzung von Festsetzungen des Landschaftsplanes

Punkt 11

010/09

Grunderwerb in Unna zur Umsetzung von Festsetzungen des Landschaftsplanes

Punkt 12

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Öffentlicher Teil

Punkt 1

005/09

Genehmigung einer Dienstreise

- Genehmigung eines Dringlichkeitsbeschlusses -

Erörterung

Herr Ganzke berichtet, dass sich die Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände als Forum des Dialogs zwischen Verwaltung, Politik und Wohlfahrtsverbänden über die dringenden sozialen Fragen im Kreis Unna verstehe. Umso bedauerlicher sei es gewesen, dass kein Vertreter der CDU-Kreistagsfraktion bei der Klausurtagung anwesend gewesen sei. Er hoffe, dass man bald wieder gemeinsam mit allen Fraktionen diese Themen bearbeiten werde.

Herr Jasperneite betont, dass man sich keinesfalls den Gesprächen mit den Wohlfahrtsverbänden verweigern wolle. Allerdings sei der Kreis Unna Auftraggeber und müsse aus Sicht der CDU-Fraktion zu solchen Veranstaltungen einladen.

Beschluss

Der Kreisausschuss genehmigt folgenden von Herrn Landrat Makiolla und dem Kreisausschussmitglied Herrn Goldmann gem. § 50 Abs. 3 Satz 2 KrO NRW im Wege äußerster Dringlichkeit gefassten Beschluss:

Die Teilnahme von Mitgliedern des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Familie, des Ausschusses für Gesundheit und Verbraucherschutz sowie des Jugendhilfeausschusses an der Klausurtagung der Arbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtsverbände vom 26. bis 28. Februar 2009 in Bremen wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt (7 Enthaltungen der CDU-Fraktion)

Punkt 2

Stand des Genehmigungsverfahrens zum Haushalt 2009

- mündlicher Bericht des Kreiskämmerers -

Erörterung

Herr Kreisdirektor Stratmann erinnert daran, dass der Haushalt 2009 in der Sitzung des Kreistages am 27. Januar beschlossen und zwischenzeitlich nach Arnsberg gesandt worden sei. Am 5. März habe die Verwaltung in ausführlichen Gesprächen mit der Bezirksregierung ihre Rechtsposition darlegen können. Grundlage aller Gespräche sei die Annahme gewesen, dass man die Eröffnungsbilanz möglicherweise mit einem negativen Kapital ausweisen müsse. Mit Blick auf das Jahresrechnungsergebnis 2008 werde sich diese Annahme wohl noch verstärken. Gleichzeitig habe die Verwaltung dargelegt, dass der Haushalt 2009 in sich genehmigungsfähig sei, was von der Bezirksregierung akzeptiert worden sei. Aufgrund der aktuellen Phase der vorläufigen Haushaltsführung sei der Kreis in vielen Bereichen mehr oder minder handlungsunfähig und müsse bei zu tätigen Investitionen Einzelgenehmigungen bei der Bezirksregierung beantragen. Zudem sei die Umsetzung von Kreistagsbeschlüssen, die freiwillige Aufgaben betreffen, derzeit schwierig bis unmöglich. Nur unabweisbar notwendige oder aus rechtlichen Gründen erforderliche Ausgaben seien in dieser Phase möglich. Die Bezirksregierung habe den Eindruck vermittelt, dass für die Genehmigung des Haushaltes keine testierte Eröffnungsbilanz erforderlich sei. Er selbst, so Herr Kreisdirektor Stratmann, gehe davon aus, dass eine rudimentär vorliegende Eröffnungsbilanz mit den ungefähren Zahlen ausreichend

sei. Solche Zahlen könne man nach der Einarbeitung des Jahresergebnisses 2008 in einigen Wochen wohl liefern. Im Übergangszeitraum müsse man für wichtige Entscheidungen weiterhin Einzelgenehmigungen bei der Bezirksregierung beantragen. So habe es bei der Personalaufstockung der Leitstelle bereits eine Zustimmung des Regierungspräsidenten gegeben. Hinsichtlich weiterer beantragter Einzelgenehmigungen zum Ausbau des Hellweg Berufskollegs und zum auf der Tagesordnung stehenden Weiterbestand der Regionalagentur habe er gemeinsam mit dem Landrat morgen einen Termin beim Regierungspräsidenten. Herr Kreisdirektor Stratmann weist darauf hin, dass vor zehn Tagen das Innenministerium einen Erlass herausgegeben habe. Gehe man nach dem reinen Erlassentext, verschärfe sich damit die Situation insbesondere für Kommunen, die in der Bilanz kein positives Eigenkapital darstellen könnten, erheblich. Deshalb werde dieser Erlass ebenfalls Thema beim morgigen Gespräch mit dem Regierungspräsidenten sein. Schließlich müsse geklärt werden, inwieweit die Verschärfung auf den Kreis anzuwenden sei und damit ein rechtswidriger, sofort zu beseitigender Zustand herrsche. Dies würde konkret eine Entscheidung des Kreistages in seiner nächsten Sitzung über eine Erhöhung der Kreisumlage erfordern. Die Verwaltung selbst sehe die Situation allerdings etwas anders und hoffe auf entsprechende Unterstützung durch die Bezirksregierung. Schließlich sei anlässlich einer Veranstaltung am gestrigen Tag im Ministerium in Düsseldorf auch von dort signalisiert worden, dass der Erlass eher als Leitfaden verstanden werden solle, der Handlungshinweise gebe. Notwendig sei die Erstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes, das in der nächsten Kreistagssitzung beschlossen werden solle. Entsprechend sei die Finanzstrukturkommission reaktiviert worden, um hier die entsprechenden Vorarbeiten zu leisten.

Punkt 3

018/09

Fortführung der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass der Kreisausschuss bei der hier behandelten Vorlage einen Dringlichkeitsbeschluss fassen müsse, um über den 31.03.2009 hinaus die Beteiligung des Kreises an der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet sicher zu stellen. Allerdings gelte dieser Beschluss vorbehaltlich einer entsprechenden Zustimmung des Regierungspräsidenten. Wie Herr Kreisdirektor Stratmann zu Tagesordnungspunkt 2 ausgeführt habe, sei von der Verwaltung in dieser Sache bereits ein Antrag auf Einzelgenehmigung bei der Bezirksregierung in Arnsberg gestellt worden. Zudem gebe es jeweils einen Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verwaltungsvorlage.

Frau Cziehso erklärt, dass die SPD-Fraktion das Thema intensiv diskutiert habe unter der Fragestellung, welche Chancen diese Agentur für den Kreis Unna biete. Zahlen zu ermitteln sei sehr schwierig, da die europäische Förderpraxis auf Wettbewerbsverfahren umgestellt worden sei und man im Vorfeld keine Erfolgsprognosen abgeben könne. Tatsache sei aber, wer keine Projekte entwickle, könne auch keine Zuschüsse erhalten. Insofern benötige man eine Struktur, die sich mit der Erarbeitung von Förderanträgen in diesem Bereich beschäftige. Der Vorteil der Regionalagentur liege insbesondere in der Arbeit im regionalen Verbund, da solche Verbundprojekte bei der Zuschussvergabe erfahrungsgemäß chancenreicher seien. Deshalb unterstütze sie die Verwaltungsvorlage, die einen Verbleib in der Regionalagentur bis Ende 2010

vorsehe. Da die SPD-Fraktion aber eine Bündelung der Ressourcen durchaus für möglich halte, habe man den Ergänzungsantrag gestellt. Nach kurzer Erläuterung des Antrages appelliert Frau Cziehso an die Ausschussmitglieder, sich diesem Antrag anzuschließen, da er ein geordnetes Verfahren ermögliche. Der Ergänzungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gebe demgegenüber Bereiche vor. Auch sei eine Trennung der Planungsebene in einem Fachbereich von der rein operativen Ebene nicht unbedingt sinnvoll.

Frau Hosang betont, dass dieses Thema den Kreis in den kommenden Jahren intensiv beschäftigen werde. Der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN greife der Beschlussvorschlag sowohl der Verwaltungsvorlage als auch des SPD-Antrages zu kurz. Man müsse über eine Bestandsaufnahme und Neukonzeption hinaus dafür sorgen, bestimmte Themenfelder ab sofort in eine Neukonzeption zu integrieren. Es müsse eine Schnittstelle gebildet werden, die nicht nur arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitische Fragen berühre, sondern auch die regionale Gestaltungskraft des Kreises, die soziale Frage und die finanziellen Möglichkeiten des Kreises verbinde. Dies sei Hintergrund des Ergänzungsantrages ihrer Fraktion.

Herr Jasperneite sieht es als sinnvoll an, dass die Regionalagentur die Chance erhalten solle, bis 2010 weiter zu existieren. Er schlägt vor, sowohl die Verwaltungsvorlage als auch die beiden Anträge zu beschließen. Damit werde die Verwaltung aufgefordert, unverzüglich qualifizierte und gute Konzepte zur Umsetzung des politischen Willens zu erarbeiten. Aus seiner Sicht solle die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN allerdings den Begriff „Kreislaufwirtschaft“ noch einmal überdenken.

Herr Senkel betont, dass man der Vorlage zustimmen müsse, damit die Arbeit der Regionalagentur fortgeführt werden könne. Die Ergänzungsanträge, die seine Fraktion ebenfalls unterstütze, solle man als Auftrag verstehen, insbesondere mit Blick auf vorhandene Parallelstrukturen ein neues Konzept zu erarbeiten.

Da die Ergänzungsanträge eine massive Veränderung von Strukturen bedeuten würden, schlägt Herr Wiggermann vor, sie in der Finanzstrukturkommission zusammen zu führen.

Herr Landrat Makiolla betont, dass die Arbeitsmarktpolitik im Kreis Unna im landesweiten Vergleich überdurchschnittlich erfolgreich gewesen sei. Dies habe mit der Arbeit der Regionalagentur und der ARGE, aber auch mit der Arbeit der Wirtschaftsförderung und der Kreisverwaltung zu tun. Die derzeitige – durchaus zersplitterte – Struktur und Organisation beruhe nicht allein auf einer Entscheidung des Kreises; zumindest hinsichtlich der Regionalagentur sei dies von der Landesregierung vorgegeben worden. Wie sich die Landesregierung nach dem Jahr 2010 positionieren werde, sei völlig offen. Insofern sei eine Festlegung auf die Zeit danach zum jetzigen Zeitpunkt sehr schwierig und stehe immer unter dem Vorbehalt der Entscheidung der Landesregierung. Er selbst könne sich durchaus andere Strukturen mit einer stärkeren Bündelung und einer ganzheitlichen Betrachtung vorstellen. Aber man dürfe nicht vergessen, dass nicht nur die Landes- sondern auch die Bundesarbeitsmarktpolitik gerade mit Blick auf die Zukunft der ARGE ungeklärt sei. Deshalb schlage er vor, jetzt in einen Diskussionsprozess der politischen Kräfte im Kreis Unna einzutreten. Man könne sich dann rechtzeitig positionieren, wenn Bund und Land entsprechende Vorgaben machen würden. Hinsichtlich des Antrages der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN weist Herr Landrat

Makiolla darauf hin, dass – abgesehen vom inhaltlichen Anliegen selbst - die angesprochene Einrichtung einer Stabsstelle die Organisationshoheit des Landrates tangieren würde. Einen entsprechenden Beschluss müsse er ggfls. beanstanden. Allerdings halte er es eher für sinnvoll, die Zielrichtung des Antrages gemeinsam zu diskutieren und gemeinsam vernünftige Strukturen zu entwickeln.

Nach intensiver Diskussion wird vereinbart, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dahingehend zu modifizieren, dass die Verwaltung die Kompetenzfelder nicht in einer übergreifenden Stabsstelle zusammenführen sondern vielmehr in einem übergreifenden Konzept darstellen solle. Darüber hinaus solle der Begriff der regionalen Kreislaufwirtschaft durch den Begriff „Integrierte Entwicklungspolitik“ ersetzt werden.

Es ergehen sodann folgende

Beschlüsse

Der Kreisausschuss empfiehlt dem Kreistag, folgende Beschlüsse zu fassen:

1. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Die Verwaltung wird beauftragt, die bisher verteilten Kompetenzfelder unter einer neuen Entwicklungsstrategie der „integrierten Entwicklungspolitik“ mit Berücksichtigung folgender Politikfelder, wie

- Arbeitsmarktpolitik
- Wirtschaftsförderung (Existenzgründung, Kleinunternehmen, Frau und Beruf)
- Klimaschutz und erneuerbare Energien
- Weiterbildung
- Bildungspolitik
- Familienpolitik (demographischer Wandel, Seniorenpolitik, Kinder und Jugend)
- Migrationspolitik
- Integration von behinderten Menschen
- Planung und Verkehr

in einem übergreifenden Konzept darzustellen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

2. Antrag der SPD-Fraktion

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Bestandsaufnahme der arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Instrumente und Strukturen insbesondere im Zusammenhang mit europäischen Förderprogrammen im Kreis Unna vorzunehmen. Eine Berichterstattung darüber erfolgt in der zweiten Jahreshälfte 2009.

Auf Grundlage des Berichts erfolgt eine Neuauflistung und Bündelung der arbeitsmarkt- und beschäftigungspolitischen Aktivitäten des Kreises im Kontext mit der Wirtschaftsförderung im Kreis Unna.

Ein entsprechendes Konzept erarbeitet die Verwaltung zusammen mit Politik, Experten und Sach-

verständigen. Die Durchführung von Workshops unterstützt und fördert diesen Entscheidungsprozess. Der Sozialausschuss und der Ausschuss für Planung und Verkehr begleiten und beraten.

Die Umsetzung erfolgt spätestens zum 01.01.2011.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

3. Sitzungsvorlage 018/09

Beschluss

Der Kreisausschuss beschließt gem. § 50 Abs. 3 der KreisO NRW im Wege äußerster Dringlichkeit:

1. Die bisherige Umsetzung der regionalisierten Arbeitspolitik wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet wird für die Zeit vom 01.04.2009 bis 31.12.2010 fortgeführt.
3. Die bisherigen Organisationsstrukturen werden beibehalten und die Gültigkeit der öffentlich-rechtliche Vereinbarung über die Zusammenarbeit in der Regionalagentur Westfälisches Ruhrgebiet wird bis zum 31.12.2010 verlängert.
4. Der Kreis Unna trägt für die Wirtschaftsförderungsgesellschaft für den Kreis Unna mbH die nach der Landesförderung nicht gedeckten Personal- und Sachkosten in Höhe von rund 230.080 Euro für die Jahre 2009 und 2010. Entsprechende Mittel werden im Haushalt des Kreises zur Verfügung gestellt.
5. Sollte für das Jahr 2010 die angekündigte Bewilligung der Landesförderung nicht erfolgen, gelten die unter 1. - 4. genannten Beschlüsse nur für das Jahr 2009.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 4

015/09

Maßnahmenplanung im Rahmen des Konjunkturpaketes II

- Mitteilung der Verwaltung über beabsichtigte Investitionen -

Erörterung

Herr Landrat Makiolla dankt den Fraktionen für die konstruktive Diskussion zu diesem Thema. Es sei erfreulich gewesen, dass hier alle an einem Strang gezogen hätten.

Herr Jasperneite weist darauf hin, dass die nächsten Sitzungen von Kreisausschuss und Kreistag erst Mitte Mai terminiert seien. Sollte im Vorfeld bereits ein Katalog mit den entsprechenden Zahlen vorliegen, sei eventuell doch eine Sondersitzung der Beschlussgremien sinnvoll.

Herr Dr. Timpe stellt fest, dass sich die gewünschten Zahlen auf den Einsatz von Infrastrukturmitteln beziehen würden. Hinsichtlich der Bildungsmittel sei umfangreich in der Sitzung des Kreistages am 27. Januar informiert worden. Was die Infrastrukturmittel angehe, sehe es so aus, als dass man vor dem 19. Mai wahrscheinlich überhaupt nicht in der Lage sei, konkrete Zahlen vorzulegen. Insofern sei der Termin der Kreistagssitzung gut gewählt, um entsprechende Informationen zu präsentieren.

Frau Cziehso regt an, die „Anspruchsaustauschbörse“ im Auge zu behalten. Die Maßnahmenplanung im Bereich Infrastruktur mit den Standorten „Opherdicke“ und der „Ökostation“ unterstütze ihre Fraktion. Möglicherweise gebe es aber im schulischen Bereich Notwendigkeiten, die noch dringender zu betrachten wären.

Herr Landrat Makiolla bietet an, die Fraktionsvorsitzenden zu einem Gespräch einzuladen, sobald die Verwaltung nähere Informationen habe, was mit den Infrastrukturmitteln passieren könne. Dort könne man das weitere Vorgehen vereinbaren.

Beschluss

Der Kreisausschuss nimmt die Maßnahmenplanung 2009-2010 für die aus dem Konjunkturpaket II zur Verfügung stehenden Sondermittel zur Kenntnis.

Der Landrat wird beauftragt, notwendige Ausführungsbeschlüsse für die Kreistagssitzung am 19. Mai 2009 vorzubereiten und förderunschädliche Vorbereitungsmaßnahmen zu treffen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 5

012/09

Bauliche Maßnahmen an der Westicker Str. (K40) Lindenstr.(L 821) in Kamen

- Vereinbarungen mit dem Landesbetrieb Straßenbau NRW -

Erörterung

Herr Landrat Makiolla weist darauf hin, dass es sich auch bei dieser Vorlage um eine Dringlichkeitsentscheidung handele.

Herr Mork stellt fest, dass man im Bau- und Technikausschuss gegen die Vorlage gestimmt habe. Nach weiterer intensiver Beratung des Themas werde seine Fraktion der Vorlage jetzt zustimmen.

Auf entsprechende Frage von Frau Niemann weist Herr Dr. Timpe darauf hin, dass die hier zu beschließende Vereinbarung Ende vorigen Jahres unter erheblichem Zeitdruck vorverhandelt worden sei, um noch 2008 einen Bewilligungsbescheid zu erhalten. Der Kreis selbst setze Recyclingbaustoffe ein, sofern die bautechnische Verwendung dies zulasse. Es handele sich hier aber um eine gemeinschaftliche Vereinbarung von Kreis Unna und Straßen.NRW, so dass der Kreis Unna jetzt nicht einseitig beschließen könne,

Recyclingbaustoffe einzubauen. Er werde sich aber für einen Einsatz von Recyclingbaustoffen in dem Ausmaß bemühen, wie es bei kreiseigenen Maßnahmen üblich wäre. Der Beschluss könne entsprechend erweitert werden.

Es ergeht darauf hin folgender

Beschluss

Der Kreisausschuss beschließt gem. § 50 Abs. 3 Satz 1 Kreisordnung NRW im Wege äußerster Dringlichkeit:

Der Landrat wird ermächtigt, die beigelegten Vereinbarungen zu unterzeichnen.

Der Kreis wird sich bemühen, bei der Umsetzung der baulichen Maßnahmen Recyclingbaustoffe in dem Ausmaß, wie es bei kreiseigenen Baumaßnahmen üblich wäre, einzusetzen.

Abstimmungsergebnis

einstimmig zugestimmt

Punkt 6

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

- **Sondersitzung des Kreisausschusses**

Herr Landrat Makiolla teilt mit, dass für den 23. Juni 2009, um 16.00 Uhr, eine Sondersitzung des Kreisausschusses geplant sei. Es gehe dabei um die Vergabe der Technikausstattung für die Leitstelle, die ausschreibungsbedingt nicht eher erfolgen könne.

- **Fachhochschule Kreis Unna**

Herr Landrat Makiolla berichtet, dass die Landtagsabgeordnete Frau Kordowski auf seine Bitte hin Kontakt mit dem zuständigen Landesminister im Hinblick auf die Frage einer Dependence einer Fachhochschule in Lünen aufgenommen habe. In einem Antwortschreiben von Herrn Minister Pinkwart heiße es u.a., dass Herr Prof. Zeppenfeld, der Gründungsbeauftragte der Fachhochschule Hamm-Lippstadt, sowohl mit dem Landrat als auch mit der Firma Remondis Kontakt halten werde. Weiter habe der Wissenschaftsminister mitgeteilt, dass es grundsätzlich möglich sei, in Lünen einen zusätzlichen Standort zu gründen.

- **Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Verbraucherberatung**

Herr Sparbrod teilt mit, dass die Verbraucherzentrale nach der seinerzeitigen Beschlussfassung des Kreistages einen entsprechenden Antrag auf Förderung einer dritten Verbraucherberatung im Südkreis an das Land gerichtet habe. Die Verbraucherzentrale selbst beabsichtige, ihr Netz an Beratungsstellen landesweit um insgesamt drei Beratungsstellen zu erweitern, darunter falle auch die Verbraucherberatung in Schwerte. Entsprechende Einzelheiten seien in einem Gespräch mit dem zuständigen Ministerium am 20. März erörtert worden, in dem von Seiten des Ministeriums ein „Wohlwollen“ zu den geplanten

Standorterweiterungen signalisiert worden sei. Konkrete Überlegungen würden vor dem Hintergrund der Möglichkeiten des Landeshaushaltes zur Zeit angestellt. Geplant sei es von Seiten der Verbraucherzentrale NRW, diese dritte Beratungsstelle im Kreis Unna Anfang 2010 in Betrieb zu nehmen. Zur Frage der Unterbringung bestehe eine Absprache zwischen der Verbraucherzentrale sowie Herrn Bürgermeister Böckelühr darüber, dass sich dieser um einen Standort mit günstigen Räumlichkeiten bemühe.

Nicht öffentlicher Teil

Punkt 7

011/09

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Rettungsleitstelle und Bauhof des Kreises Unna in Unna

-Vergabe des Auftrages über die Lieferung und Aufstellung eines Salzsilos-

Punkt 8

016/09

Erweiterung des Feuerwehrservicezentrums mit Rettungsleitstelle und Bauhof des Kreises Unna in Unna

- Vergabe des Auftrages für Fliesenarbeiten -

Punkt 9

008/09

Erweiterung des Kindergartens „Villa Kunterbunt“ in Fröndenberg-Ardey

-Vergabe der Rohbauarbeiten-

Punkt 10

009/09

Grunderwerb in Schwerte zur Umsetzung von Festsetzungen des Landschaftsplanes

Punkt 11

010/09

Grunderwerb in Unna zur Umsetzung von Festsetzungen des Landschaftsplanes

Punkt 12

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Ende der Sitzung 17.35 Uhr

Makiolla
Vorsitzender

Waßen
Schriftführerin